



Vorlage Nr. 22-O-01-0028

Tagesordnungspunkt 4

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden Mitte am 22. September 2022

Wärmewende in der Wiesbadener Innenstadt organisieren (Grüne)

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird gebeten zu erläutern,

- welche Strategien vorliegen, um in den Altbaubeständen der Wiesbadener Innenstadt die Abhängigkeit von Gas und damit von fossiler Wärmeerzeugung zu reduzieren.
- wie der Ausbau des Fernwärmenetzes forciert werden kann.
- welche Pläne es gibt, um die Fernwärmekapazitäten auszuweiten und wie perspektivisch eine vollständig klimaneutrale Wärmeerzeugung gelingen kann.
- welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um eine Fernwärmesatzung für den Wiesbadener Innenstadtbereich zu beschließen, die für alle Haushalte, die mit fossiler Energie heizen, den Anschluss und die Nutzung von Fernwärme vorschreibt.
- wie sich der Fernwärmepreis derzeit - und ggf. perspektivisch - entwickelt, welche Faktoren für die Preisentwicklung eine Rolle spielen und inwieweit eine Abkopplung vom (hohen) Gaspreis möglich ist.
- welche finanziellen Fördermöglichkeiten es für den Fernwärmeausbau gibt und mit welchen Kosten Hauseigentümer:innen derzeit bei einem Anschluss an das Fernwärmenetz rechnen müssen.

-

Begründung:

Wiesbaden hat sich vorgenommen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Die Wärmewende ist ein Schlüsselbereich für eine Senkung der CO₂-Emissionen und damit die Erreichung dieses klimapolitischen Ziels. Zugleich trägt sie dazu bei, die Abhängigkeit von (russischem) Gas zu reduzieren. In den Gründerzeitvierteln der Wiesbadener Innenstadt ist jedoch genau diese Umstellung auf eine klimaneutrale Wärmeerzeugung und -nutzung eine besondere Herausforderung. Zum einen fehlen bislang Anreize für die Vermieter:innen, in einen Umstieg zu investieren. Zum anderen können in den mehrstöckigen Altbauten Wärmepumpen nach aktuellem Stand nur schwer wirkungsvoll eingesetzt werden. Damit gewinnt der Anschluss an das Fernwärmenetz an Bedeutung. Auch die Pläne der Bundesregierung, ab 1. Januar 2024 für jede neu eingebaute Heizung einen Anteil von mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien vorzuschreiben, unterstreichen: Es ist jetzt an der Zeit zu handeln und zügig die richtigen Weichen zu stellen.

Protokollnotiz Nr. 0090

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen, da er durch Aussprache erledigt ist. Die Ausführungen von Herrn Cohrs von ESWE Versorgung werden zur Kenntnis genommen.

+

+

Verteiler:

100200 z. d. A.

Dr. Haas
Ortsvorsteher